

Krafer Zeitung.

Nr. 51.

Samstag den 3. März

1866.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafer 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 36 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr.

X. Jahrgang.

Gebühr für Inserationen im Anstalt für die vierstellige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeklart für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserate-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Anzeigen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haafenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Er. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. Februar d. J. dem Primarärzte des kaiserlichen Hofes, Dr. Joseph Röscher, die Anerkennung seines gemeinnützigen Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Josephs-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. k. Apostolische Majestät haben dem Oberleutnant im k. k. Infanterieregimente Julius Freiherr v. Paszthory die k. k. Rämmerwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. Februar d. J. die Errichtung eines unbefestigten Consulates in Christiania allergnädigst zu genehmigen und diesen Posten dem dortigen Kaufmann Peter Petersen mit dem Rechte zum Bezuge der tarifmäßigen Consulargebühren zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 3. März.

Aus Berlin, 1. d., wird gemeldet: Der König conferirte heute Vormittags mit General Manteuffel, welcher heute nach Schleswig zurückkehrt. Der Botschafter Golz conferirte mit Benedetti und kehrt morgen nach Paris zurück. Wir bringen obige Mittheilungen an dieser Stelle, weil zweierlei daraus hervorgeht, erstens daß weder General Manteuffel die ihm zugeschriebene Friedensmission nach Wien, noch Herr v. d. Golz die Nachlassenschaft des Herrn von Bismarck antritt.

Der Umschwung in Berlin zu Gunsten einer friedlichen Politik wird nun von mehreren Seiten bestätigt. Eine Depesche von Berlin ist in Wien nicht angekommen, obgleich gemeldet wurde, Baron Werther, der preussische Gesandte, trage schon die Note in der Tasche, und warte ungeduldig auf den Moment der Rückkunft des Grafen Mensdorff. Zu der Mittheilung aus Berlin, wonach die Kriegspolitik des Herrn v. Bismarck im Cabinet eine entschiedene Niederlage erfahren habe, kommt die Erklärung der Berliner „Prov.-Corr.“, es sei vollständig unwahr, daß Preußen ein Ultimatum an Oesterreich gerichtet habe und daß die österreichische Depesche vom 7. Februar gar nicht beantwortet werden wird, nachdem officiöse preussische Federn wochenlang schon den Inhalt der Antwort kennen wollten und die Trommel rührten. Die Heranziehung des Herrn v. Manteuffel zum preussischen Cabinetstath am 28. Februar, meint das „N. Frdbld.“, deutet am sichersten auf die Niederlage Bismarck's, denn Manteuffel ist dessen entschiedenster Gegner bezüglich der Haltung zu Oesterreich. Die Erklärung des Umschwunges liegt einfach darin, daß der König dem Herrn v. Bismarck wohl zu demonstrieren erlaubte, aber die Erlaubniß zurückzog, als das Bukarester Ereigniß die Situation Europa's ernst gestaltete und der bevorstehende Congreß das Spiel mit dem Krieg gefährlich erscheinen ließ. Man fürchtete in Berlin, die Flinte könnte losgehen, obwohl man wußte, daß sie nicht geladen war. Der Periode des Säbeltrallens scheint die Mittheilung der „France“ anzugehören, daß im Anfange des Frühjahres im baltischen Meere eine preussische Flotte von 17 Kriegsschiffen mit 240 Kanonen concentrirt werden soll.

Die „N. A. Z.“ markirt den unfreiwilligen Rückzug des Herrn v. Bismarck dadurch, daß sie das Schreiben des Herrn v. Gablenz bezüglich der holländischen Budgetcommission als ein Ueberborden des Herzogs von Augustenburg darstellt.

Es war vor einiger Zeit die Rede von einer auf höhere Veranlassung ausgearbeiteten Denkschrift, welche die Natur und den Werth der militärischen und maritimen Interessen Preußens in den Herzogthümern untersuchte und welche zu dem Schlussergebnisse gelangte, daß es für Preußen dort kein Interesse gebe, das der Eroberung ausgenommen. Wir bezeugen jetzt in einer streng militärischen Fachschrift einer ähnlichen Untersuchung, die genau zu denselben Resultaten gelangt. Ob diese Arbeit ein Auszug aus jener Denkschrift oder umgekehrt eine weitere Ausführung derselben und ob also der Verfasser identisch ist oder ob wir es mit zwei von einander ganz unabhängigen Personen und Arbeiten zu thun haben, mag dahin gestellt bleiben; was aber in dem in Rede stehenden Militärblatt vorgebracht wird, darf ohne Zweifel auf ein mehr als gewöhnliches Gewicht Anspruch machen, weil der Verfasser augenscheinlich nicht bloß ein Militär, sondern auch mit den diplomatischen Schachzügen der letzten Jahre vollständig vertraut und speciell im Stande ist, der Verhinderung, daß das Uebersteigen der Eider im Beginn des Krieges mit Dänemark dem Drängen Preußens zu verdanken, dem Oesterreich nur ein verwilligt gefolgt sei, die richtige, aber von Berlin

aus mit Erfolg verbunkelte Thatsache gegenüber zu stellen, daß Preußen niemals über die Eider gegangen sein würde, wenn Oesterreich nicht seinen festen Entschluß ausgesprochen hätte, es nöthigenfalls allein zu thun.

Eine gestrige Mittheilung berichtend, müssen wir bemerken, daß Baron Adolf Blome-Heiligenstetten (nicht Graf Blome, wie die Blätter melden, der Graf heißt Blome-Salza), es unternommen hat, die Adresse der 19 holländischen Ritter zu committiren.

Aus München, 28. Febr. bringt die „Bohemia“ folgende merkwürdige Correspondenz: Machen sie sich gefaßt darauf, daß möglicherweise demnächst eine bedeutende Thatsache hier herangereift ist. Das Einvernehmen mit Dresden und Darmstadt besteht längere Zeit nicht mehr: von Wien hat man sich ohnehin schon noch früher entfernt; die politische Magnetnadel weist, um es kurz zu sagen, seit einiger Zeit entschieden nach Berlin. Noch ist Nichts zum Abschluß gekommen, aber es schweben Verhandlungen, welche die deutsche Politik Baierns in ganz neue Bahnen zu lenken und die kleinern süddeutschen Staaten genau mit derselben Besorgniß zu erfüllen geeignet sind, die der deutsche Norden den preussischen Strebungen gegenüber hegen zu müssen glaubt.

Die moldau-walachische Frage nimmt, wie aus allen seitherigen Meldungen hervorgeht, eine Wendung, welche jede Befürchtung einer kriegerischen Eventualität vorläufig als unberechtigt erscheinen läßt. Die Nachtragconvention vom 3. 1858 bietet den Vertragsmächten von 1856 eine geeignete Handhabe zur Bestimmung ihrer Haltung im gegenwärtigen Momente. Dort ist für eine solche Eventualität die Einberufung einer Conferenz ausdrücklich vorgezeichnet. Darauf sich berufend haben denn auch Frankreich und England bereits in Wien eine Conferenz in Vorschlag gebracht, ohne daß die kaiserliche Regierung Anlaß hätte, einem solchen Projecte zu widerstreben. Ebenso erscheint es ihr als correct, wenn Constantinopel als Conferenzort anempfohlen wird. Daß auch die Pforte hiermit einverstanden ist, beweist, daß sie, gleichfalls im Sinne jener Convention, einen Commissär nach Bukarest abgesandt hat, der an Ort und Stelle Erhebungen über den Sachverhalt zu pflegen und das Resultat derselben der Conferenz vorzulegen haben wird.

Die Bukarester Commission von Delegirten der sechs Signatarmächte des Pariser Friedens und der Donaufürstenthümer-Convention, welche mit der Unterzeichnung und Constatirung der revolutionären Thatsachen des 23. und 24. Februar auf Antrag der Pforte betraut ist, wird den Beratungen der Mächte über die Zukunft der Fürstenthümer nicht vorangehen, sondern mit diesen in Constantinopel stattfinden. Die Gesandten-Conferenzen gleichzeitig tagen, damit das Provisorium, das jetzt an der unteren Donau herrscht, nicht in die Länge gezogen werde. Der Protest der Pforte gegen die Wahl des Grafen von Blandern ist bereits in den Händen aller betheiligten Mächte. Derselbe gewinnt dadurch an Interesse, daß er sich nicht auf die genannte fürstliche Person beschränkt, sondern auf eine frühere Rechtsverwahrung der Pforte zurückgreift, welche besagt, daß die Wahl eines Fürsten für beide Länder für die Zukunft kein Präcedens bilden dürfte. Die Pforte wird demnach ausdrücklich darauf bestehen, daß wiederum zwei Hospodare gewählt, also auch wohl wieder die Central-Commission von Gotschani ins Leben gerufen wird.

Die neueste Wiener Correspondenz der „N. A. Z.“ droht den etwaigen russischen Interventionsgelüsten in Bezug auf die Donaufürstenthümer mit dem Wiederausleben der Quadrupel-Allianz von 1854 und prognosticirt einen lediglich diplomatischen Feldzug in der rumänischen Frage. Man werde die Fürstenthümer im Wesentlichen sich selbst überlassen, doch sie ermahnen, ihr Streben nach Autonomie, als voraussichtlich fruchtlos, bei Seite zu lassen, sowie auch das Bemühen, einen Prinzen aus souveräner Familie zu erhalten. Bei sich zeigender Anarchie aber werde man militärisch einschreiten, namentlich abseiten der Pforte, und Oesterreich, Frankreich und England würden störende Einflüsse davon fernhalten.

Aus Paris erfährt die „N. A. Z.“, daß die Westmächte nach gepflogener Meinungsäustausch sich gegen eine wie immer geartete Intervention in den Donaufürstenthümern erklärt haben; Oesterreich und Preußen halten, wie man in Paris erfährt, an der vertragsmäßigen Nichtintervention fest und so wird auch Rußland nicht einschreiten.

Einem Bukarester Telegramm des „N. Frdbld.“ vom 1. d. M. zufolge beginnen Parteikämpfe. Eine große Partei unter dem Prinzen Murusi agitirt für

den Herzog von Leuchtenberg; eine andere Partei für den gewesenen Hospodar Bibesco. Das Volk und die meisten der am Ruder befindlichen Staatsmänner sind aber für einen nicht-russischen fremden Prinzen. Der Zwiespalt tritt immer schroffer hervor.

Mit der Veröffentlichung der Note Antonelli's im „Journal de Bruxelles“ ist man in Florenz sehr zufrieden. Der französische Regierung wird dadurch in's Gedächtniß gerufen, daß sie mit ihren Versöhnungsprojecten jetzt noch nicht weiter gediehen ist, als im November.

Im französischen gesetzgebenden Körper wurde der Adressabstimm in Betreff der römischen Frage mit 218 gegen 18 Stimmen angenommen.

Der spanische Staatsminister hat, wie die „Epoca“ meldet, bestimmte Erklärungen zu Gunsten der weltlichen Macht des Papstes gemacht.

Der spanische Gesandte am Wiener Hofe de la Torre Ayllon ist laut telegraphischer Nachricht aus Madrid abberufen worden (wegen Veröffentlichung unliebsamer Depeschen?).

Der römische „Gaz.“-Correspondent erfährt, daß die den letzten Aufstand vor dem Vorruf des Socialismus und revolutionären Geistes (diese Worte in der im Westen gangbaren Bedeutung genommen) recht fertigen Documente einigen katholischen Großmächten, namentlich Frankreich, Spanien, Italien und Portugal mitgetheilt worden sind. Welcher Art diese Documente sind und welche Beweisraft ihnen inne wohnt, ist wohl bekannt. Der Correspondent versichert ferner, daß auf dem künftigen Consistorium Ende März der h. Vater eine Allocution gegen Rußland halten werde; eine solche sei jedoch schon so oft angekündigt worden, daß der Correspondent sie abzuwarten rath, um dem Gerücht Glauben zu schenken. Hochw. Ledochowski, der seine Ankunft in Rom, wohl aus gewichtigen Gründen, sehr aufschob, dürfte sogar, wie verlautet, sich direct nach Posen begeben.

In Washington hat am 9. Februar eine Cabinetsberatung stattgefunden, die ausschließlich der mexicanischen Frage gewidmet war. Mit Ausnahme des Herrn Harlan äußerten alle Anwesenden entschieden friedliche Gesinnungen. Seward erklärte im Hinblick auf die jüngste französische Thronrede, daß der Kaiser Frankreichs Interessen nicht mehr für bedroht halte, wenn die Union gesonnen ist, strenge Neutralität zu beobachten. Dieser Ansicht schloß sich das ganze Cabinet an, nur der genannte Herr Harlan nicht, der den Krieg für unvermeidlich hält und die Vermehrung der Bundeskräfte am Rio Grande verlangt. Anfanglich unterstützte ihn der Kriegsminister Stanton, der sich aber schließlich auch der friedlichen Anschauung zuneigte. In der That wird auch die Armee am Rio Grande vermindert, entsprechend der Ansicht des Cabinets und des Comité's für auswärtige Angelegenheiten.

Zu dem spanisch-chilenischen Conflict er fährt man, daß die nord-amerikanische Regierung in einer Note an die chilenische Regierung ihr Bedauern darüber ausgedrückt haben soll, daß man in Santiago sich den verhältnißlichen Dispositionen Spaniens nicht geneigter gezeigt habe. Wenn sich diese Nachricht bestätigen sollte, wozu allerdings die Mahnahme der Washingtoner Regierung gegen die Aus rüstung chilenischer Kaper Anlaß gibt, so hat Chili die Hoffnung aufzugeben, von Nordamerika unterstützt zu werden.

Landtagsangelegenheiten.

[38. Sitzung des galizischen Landtages am 27. Februar 1866.]

Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr Vorm.

Anwesend: 131 Abgeordnete. Von Seite der Regierung anwesend: der Regierungs-Commissär k. k. Hofrath Ritter v. Poffinger.

Nach Genehmigung des Protocolls wird der Inhalt der neu eingelaufenen Petitionen verlesen, worauf der Obmann der Petitionscommission, Abg. v. Boczkowski mittheilt, daß einige der früher eingelangten Petitionen von dieser Commission anderen Specialcom missionen im kurzen Wege abgetreten worden sind.

Urlaub erhielten: Graf Baworowski auf 8 und Graf Badeni auf 3 Tage.

Abg. Rogalski legt sein Mandat als Landtags-Abgeordneter krankheitshalber nieder. Abg. von Krzecunowicz theilt schriftlich mit, daß ihn Privatverhältnisse zwingen, aus dem Landesausschusse auszutreten, und Adam Graf Potocki zeigt ebenfalls schriftlich an, daß er die Würde des Stellvertreters eines Landesausschusses niederlegt.

Der Secretär Graf Wodzicki verliest hierauf eine ausführliche Interpellation des Abg. v. Hubicki, welche von 60 Abgeordneten mit unterzeichnet und an den Regierungscommissär gerichtet ist. Die Interpellanten schildern die Mißbräuche, welche sich der Kloczower Kreisvorsteher Herr Carl Wohlfahrt in Servituten-Angelegenheiten angeblich zu Schulden kommen läßt, führen Beispiele aus Sasionow und Gucisko Diesie an und fragen, ob diese verkehrte Thätigkeit des Kreisvorstehers der Landesregierung bekannt sei und was dieselbe zu thun beabsichtigt, um dieses künftig hintanzuhalten und die Gemüther der Bevölkerung des Kloczower Kreises zu beruhigen.

Der Herr Regierungscommissär erklärt, er werde nach Constatirung der in der Interpellation angeführten Thatsachen in einer der nächsten Sitzungen die Antwort ertheilen.

Hierauf wurden vom Secretär Ritter v. Kulczycki folgende 4 auf den Tisch des Hauses niedergelegte Anträge vorgelesen:

1. Abg. Trochanowski beantragt, daß in dem Cur- und Badeorte Rynica die Stelle eines Bader- arzt's im Interesse der Umgegend im Concurswege bleibend besetzt werde. Dieser Antrag wird an den Landesausschuss überwiesen.

2. Abg. Giniiewicz stellt den Antrag auf Ertheilung von Pensionen aus dem Landesfonde an die Dorfschullehrer Wittwen und Waisen, u. z. für die ersteren zu 48 fl. jährlich und für die letzteren bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zu 24 fl. jährlich.

3. Abg. Guszalewicz beantragt, daß das Verbot, welches die Israeliten in der Erwerbung des Grundbesitzes einschränkt, auch weiterhin aufrechterhalten und von den untergeordneten Regierungsorganen auf das strengste befolgt werde. Der Antrag wird auf Verlangen des Antragstellers an die Administrations-Commission überwiesen.

4. Abg. Korulik stellt ein Zusatzantrag zum Wassersegeß, betreffend die Ueberfuhren. — Auf Antrag des Abg. Namnowicz wird dieser Antrag der Commission für das Wassersegeß zugetheilt.

Zur Tagesordnung übergehend, wird die Wahl der 5 zur Ergänzung der Petitionscommission bestimmten Mitglieder vom Hause vorgenommen und darauf beschloffen, daß das Scrutinium, zu welchem die Abg. v. Węzyf, Szeliński, Namnowicz, Stempel, Hoppen, v. Kaczowski, v. Kojowski, v. Młocki und Wikowski bestimmt werden, erst nach der Sitzung stattfinden soll.

Hierauf wird zur Specialdebatte über die Anträge der Propinationscommission geschritten.

Alinea I des Commissionsantrages wird nach dem Amendement des Grafen E. Wodzicki in folgender Fassung angenommen: „Der Landtag macht auf den Ablass VIII des Patentes vom 20. December 1859, welches die Gewerbeordnung einführt, und auf die Artikel 10 und 28 bis 33 des Handelsgesetzes vom Jahre 1862, endlich bezüglich des Großherzogthums Krafer auf das Gesetz des bestandenem regierend. n. Senats vom 6. März 1843 aufmerksam und fordert die k. k. Regierung auf: 1) daß bis zur Ablosung der Propinationsrechte, welche im Sinne der kais. Verordnung vom 4. October 1850, I. Th., §. 1 Art. 3 stattfinden hat, die Gesamtheit dieser Rechte im Sinne des kais. Cabinetschreibens vom 28. November 1837 gewahrt werde und daß diesem Zwecke entsprechende Verordnungen erlassen werden.“

Das Amendement des Abg. Borysikiewicz: damit auf Grund der kais. Entschliessung vom 4. December 1850 der Entwurf eines Gesetzes über die Art, auf welche das ausschließliche Recht zur Erzeugung und zum Ausverkauf der alkoholhaltigen Getränke zu Gunsten der bis jetzt belasteten Gemeinden zu bewirken sei, ausgearbeitet und dem Landtage in der nächsten Session vorgelegt werde, — wurde abgelehnt. Bei der Debatte über Alinea II. des Commissionsantrages stellt Graf E. Wodzicki folgendes Amendement: „Damit nicht nur jene Bewilligungen zum Ausverkauf veräußert geistiger Getränke, welche mit Uebergehung der bisherigen Vorschriften über die Aufrechterhaltung des Propinationsrechtes (Art. VIII des Pat. vom 20. Dec. 1859) und somit unter Vereinträchtigung des ausschließlichen Rechtes der Propinations-Eigenthümer, sondern auch jene Consenje, welche ohne Berücksichtigung der Ortsverhältnisse (§. 18 der Gewerbeordnung) ertheilt wurden, ehebaldigst rückgängig gemacht werden und damit die Ertheilung ähnlicher Consenje überhaupt in Zukunft unterlassen werde.“

Ein weiteres Amendement zu diesem Absage stellt Abg. v. Węzyf dahin gehend, daß der Verkauf veräußert geistiger Getränke in Bouteillen, so wie der Großhandel mit Spiritus von einer besonderen Concession abhängig gemacht werde.

Abg. Borysikiewicz stellt ferner zu diesem Ab-

sage ein Amendement des Inhalts, daß zugleich eine Verordnung erlassen werde, durch welche in den Dörfern die Anzahl der Schankhäuser im Verhältnis zu der Dorfbevölkerung eingeschränkt und auf 800 Seelen nur ein Ausschank der Propinationsberechtigten gestattet werde.

Der Herr Regierungskommissär beruft sich auf seine in der letzten Sitzung gemachten Bemerkungen und erklärt, daß die Regierung das Propinationsrecht als ein untastbares Eigenthum anerkennt und diesem Rechte nach Ähnlichkeit den gesetzlichen Schutz gewährt und daselbe auch fernerhin mit der ganzen Gewissenhaftigkeit vor Beeinträchtigung schützen wird. Die bei der Discussion über diesen Gegenstand vernommenen Erklärungen und Andeutungen sind der Regierung erwünscht und die Regierung nimmt mit Dank die Mitwirkung des Hauses an. In praktischer Beziehung weicht die Ansicht der Commission von jener der Regierung wesentlich nicht ab. Aus der Deduction der Commission ergibt sich, daß die Beschwerden über die Theilung von Continen zum Ausschank verführter Spirituosen zumeist das Krattauer Verwaltungsgebiet betreffen. Die Anforderung, daß auch der zur Propination Berechtigte sich die Bewilligung zum Ausschank verführter Getränke zu verschaffen hätte, ist eine gegen die bestehenden Vorschriften verstoßende Anomalie. — Anbelangend den Antrag des Grafen L. Wodjicki, so dürfte es schwierig sein demselben zu entsprechen, hauptsächlich deshalb, weil derlei im Lemberger Verwaltungsgebiete erteilten Consenze zumeist auf Grund der Entscheidungen höherer Instanzen in Folge durchgeführter Recurse erteilt sind. Die Regierung ist weit entfernt, das Propinationsrecht im Entferntesten in Frage stellen zu wollen; im Gegentheil, diese Unverletzlichkeit muß auf das strengste gewahrt werden. Im J. 1848 ist zwar eine Verordnung in Betreff der Aufhebung des Propinationsrechtes erschienen; dieser Verordnung lag jedoch ein Mißverständnis zu Grunde, welches bald beseitigt wurde, indem in Folge einer Vorstellung der Landesregierung in Lemberg definitiv entschieden wurde, daß das Septemberpatent vom J. 1848 auf das Propinationsrecht gar keinen Bezug hat, welches insoweit als ein Eigenthum unantastbar bleibt, bis durch ein Gesetz etwas anderes bestimmt wird. Schließlich theilt der Herr Regierungskommissär mit die k. l. Landesregierung habe den Beschlüssen des Hauses zuvorkommend am 24. d. M. die bestimmte Weisung an die untergeordneten Aemter erlassen, daß vom Tage des Empfanges dieses Auftrages bis auf weitere Weisung unter keinem Vorwande Bewilligungen zum Ausschank verführter Getränke erteilt werden dürfen.

Diese Eröffnung des Herrn Regierungskommissärs nahm das Haus mit Beifall auf.

Bei der Abstimmung wird Alinea II. des Commissionsantrags nach dem Amendement des Grafen L. Wodjicki angenommen, und als Alinea III. wird das Amendement des Abgeordneten Vorysikiewicz in Betreff der Beschränkung der Anzahl der Schankhäuser im Verhältnis zur Dorfbevölkerung, jedoch mit Befreiung der Angabe der Einwohnerzahl genehmigt. Die Amendements des Abg. v. Wezyt wurden verworfen, worauf der ganze Antrag in dritter Lesung zum Beschluß erhoben wurde.

Der Landmarschall schloß die Sitzung um 2 1/2 Uhr Nachm. Nächste Sitzung Mittwoch. Tagesordnung: Bericht der Commission in der Angelegenheit der Grundlastungsform; Antrag des Landes-Ausschusses in Betreff der Aufhebung der Vorspannungsauslagen aus dem Budget des Landesfondes; Antrag des Abg. Lipczyński über die Sanitätspolizei; Antrag des Abg. Tarczanowski in Betreff der Verringerung der Noth in den Gebirgsgegenden des Samobor und Sanoker Kreises; Antrag des Abg. Kowbalski in Betreff der jura stolis.

Die „Const. Pest. Zeitung“ kommt auf die Bartal'schen Amendements zum Adreßentwurf der ungarischen Deputirtenkammer zurück, um ihren Zweifel gegen die sie und da ausgesprochene Voraussetzung zu motiviren, daß die Ideen des Herrn v. Bartal mit denen der Regierung im Ganzen identisch seien. Sie findet, daß sein Exposé über den Kreis und die Behandlungsweise der gemeinsamen Angelegenheiten in so mancher Hinsicht einer Anerkennung nicht unwürth sei, daß es ehrlich gebotene und annehmbare Anhaltspunkte für die Anbahnung eines Verständnisses enthalte. In seiner ganzen Ausdehnung jedoch kann sie demselben nicht unbedingt beistimmen. Die „Const. Pest. Ztg.“ weiß sich mindestens keinen engeren Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten zu denken, als welchen Bartal anführt, wenn man den Erfordernissen des angeführten Bundes der ungarischen Länder mit dem Reiche und seiner realen Nachstellung auch nur im bescheidensten Maßstabe nachkommen will. Es wäre gewagt zu behaupten, daß die Regierung an diesem so eng begrenzten Kreise der gemeinsamen Angelegenheiten nichts auszustellen hätte, vielmehr glauben wir, daß man gegen die gehobene Leistung der Wehrpflicht, deren einheitliche Behandlung doch ein Cardinalerforderniß der Sicherstellung des Reiches ist, so wie gegen eine zu weit gehende Theilung der einheitlichen Reichsfinanzgebarung und ebenso gegen die Reducirung der gemeinsamen Handelsangelegenheiten auf das internationale Zollgebiet manche begründete Bedenken aussprechen müßte, Bedenken, welche seinerzeit bei der Verhandlung der durch das Haus festzustellenden gemeinsamen Angelegenheiten gewiß auch zur Sprache kommen werden.

Das „Fremdenblatt“ glaubt über den Tenor des Rescripts an das ungarische Unterhaus Folgendes mittheilen zu können: Dasselbe werde betonen, der Monarch sei zuerst dem Volke mit Vertrauen entgegengetreten; es werde constatiren, daß dieses Vertrauen als ein gerechtfertigtes erscheine, doch

auf die in der Adresse ausgesprochenen Wünsche könne nicht pure et simple eingegangen werden, denn daß durch würden die Rechte der andern Völker hintangestellt. In wohlwollender Weise, jedoch mit fester Entschiedenheit werde Alles das nochmals betont, was im September-Manifest als Grundbedingung aufgestellt ist. Man solle die Modalität der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten präcificiren und diese Arbeit zwar mit all m Ernst und aller Sorgfalt, aber auch mit möglichster Beschleunigung ausführen. Endlich werde auch der Ton auf die Dringlichkeit der Krönung gelegt. Graf Belcredi soll bei der Absaffung dieses Rescripts in hervorragender Weise mitgewirkt haben.

Ein Pester Telegramm der „Debatte“ vom 1. d. meldet: Die Deak-Partei hielt heute Abend im Hotel Europa eine Konferenz ab. Anwesend waren an 150 Deputirte. Als Präsident fungirte Kallay. Gegenstand der Berathung bildete das einzunehmende Verhalten der Deak-Partei Angesichts der Commissionswahl für die gemeinsamen Angelegenheiten. Zum Beschluß wurde erhoben: den Dreißiger Adreßauschuss auch für die gemeinsamen Angelegenheiten zu belassen. In Betreff der Uebriggen zweigundzwanzig zu wählen wurde zwischen den Parteien folgendes Compromiß geschlossen: 12 wählt das Centrum, 6 die Linke, 1 die Rechte, 2 die Rumänen, 1 die Serben. Das Centrum proponirte: Madoczany, Juszt, Kubiza, Gabrill Conyay, Gr. Szapary, Raab, Tresfort, Vito, V. Dicz, Laurenz Eboth; die Rumänen: Mihalyi, Gdossin, Vabesch, Mocsonyi; die Serben: Stratimirovic, Damasztin, Milutinovic; die Linke: Sarközy, Dnosy, Gr. Bela Koglevich, V. Simonyi, Szontagh, Komaromy; die Rechte: Zedenyi. Das Centrum acceptirt anstandslos die zwei Letztproponirten. Das Resultat wird morgen veröffentlicht werden.

Die „Pester C.“ erklärt die Mittheilung, daß seitens der Pester israelitischen Gemeinde eine Deputation an Deak gesendet worden wäre, um ihm wegen seiner bekannten Rede zu danken, für eine irrthümliche, indem in der vergangenen Samstag abgehaltenen Ausschussung der Pester israelitischen Cultusgemeinde ein solcher Antrag allerdings eingebracht, von dem Ausschusse aber abgelehnt wurde.

Telegraphische Landtagsberichte.

Prag, 1. März. Nach Donner sprach Wolf gegen Brauner für den Majoritätsantrag, letzterer entschieden gegen eine Trennung der Universität in eine deutsche und böhmische. Ferner Höfler und Brinz gegen und Graf Leo Hun für die Majorität. Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen. Um 4 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen und 4 1/4 Uhr wieder fortgesetzt. Als Generalredner sprachen Nieger für und Herbst gegen den Minoritätsantrag, dann Hafner als Berichterstatter der Minorität. Der Regierungsvorstand erklärte, die Regierung werde sich nicht der Nothwendigkeit entziehen können, die Universität zu vernehmen. Dieser werde jedenfalls Gelegenheit geboten werden, sich über die verhandelte Frage auszusprechen. Der Regierung liege das Interesse der hochberühmten Hochschule am Herzen; ebenso aber die Ansprüche der Böhmen auf Förderung ihrer Sprache und Literatur. Die Regierung werde nach sorgsamster Erwägung der verschiedenen Verhältnisse die Entscheidung selbst mit pecuniären Opfern treffen. (Lebhafte Beifall.) Bei namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Ausschussminorität mit 121 gegen 101 Stimmen verworfen. Stürmische Slavarufe auf der Galerie, welche von auf der Straße versammelter Volksmenge wiederholt werden. Herbst verlangt Räumung der Galerie und Brinz besteht nach einigem Zögern des Vorstehenden auf dieser Räumung, welche unter großer Bewegung und Widerspruch des Centrums vorgenommen wird. Die Rufe auf der Straße dauern fort. Um 8 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Fortsetzung morgen. Die czechischen Abgeordneten wurden auf der Gasse stürmisch begrüßt.

Agram, 1. März. Es wurde eine Repräsentation an Se. Majestät verlesen wegen Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit der Landtagsmitglieder. Hierauf kam die Antwort Sr. Majestät auf die betreffenden Repräsentationen zur Verlesung, daß Sr. Majestät sich nicht bewegen gesunde die angeordnete Decretirung zu sistiren; ferner Se. Majestät finde sich nicht bewegen die Militärgrenze aufzulösen. Bei Verlesung des Namens Sr. Majestät ertönten Ziviorufe.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 1. März. Se. k. Hoheit Herr Erzherzog Carl Ludwig haben heute Vormittags in Vertretung Sr. k. l. Apostolischen Majestät Privataudienzen erteilt.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin werden, wie verlautet, erst Dienstag, den 6. d. M., aus Pest hier eintreffen.

Se. k. Hoheit der Herr Erzherzog Ludwig Viktor ist in Salzburg durch einen leichten Hantauschlag gezwungen, das Bett zu hüten, jedoch ist die gegründete Hoffnung vorhanden, daß Höchstersebe recht bald wieder vollkommen genesen werde.

Ein Erlass des Justizministers vom 19. Februar, welcher auf eine stricke Ausführung der Bestimmungen der Strafproceßordnung bezüglich des Strafvollzuges dringt, wird zur Folge haben, daß die Straßzeit fortan um einen Tag länger dauern wird, als dies bisher der Fall war. Man berechnete nämlich bis jetzt die Straßzeit in der Art, daß ein Jahr derselben, wenn es z. B. am 1. Jänner begann, am letzten December desselben Jahres zu Ende war. Der erwähnte Erlass des Justizministers bestimmt nun, daß die Straßzeit stets bis zu dem gleichen Kalendertage zu dauern habe, also das Jahr vom 1. Jänner bis zum nächsten 1. Jänner berechnet werden soll. Aehn-

lich wird auch bei der Berechnung der Monate die Straßzeit eine Aenderung erfahren, daß der Monat nicht vom ersten bis zum letzten Tage des jeweiligen Monats, sondern bis zum ersten des nächsten Monats laufen wird.

In Humpolez starb die Schwester des Justizministers Ritter v. Komers, Frau Priborsky, die Gattin eines dortigen Bürgers.

Ueber den Judenkravall in Hostomic kommt aus Prag folgender Bericht vom 28. v. M.: Vorgestern (Montag) kam ein Knabe zu einem dortigen israelitischen Händler, von dem man erzählt, daß er in Folge des Handels mit Nägeln ein bedeutendes Vermögen erworben, um ihm Nägel abzuliefern. Der Kaufmann wollte ihm einige Kreuzer abgeben, worauf der Knabe ihm höhnend zurief, für „Silber“ würde er ihm wohl mehr geben. (Das Wort stribro Silber ist nämlich seit dem großen Silberdiebstahl in dem Prizbramer Bergwerk im Munde der dortigen Bewohner ein Schimpfwort geworden). Der Kaufmann verlegte hierauf dem Knaben einen Schlag, dieser lief schreiend fort, so daß ein förmlicher Aufruhr entstand, an dem sich um so mehr Leute theiligten, als gerade Markttag war. Es ging nun über die Juden her und wurden deren Wohnungen und Häuser geplündert. Die Exceß erneuerten sich, als gestern (Dinstag) zwei der ärgsten Exceßanten verhaftet wurden und ebenjogen wieder in den Abendstunden starke Volksaufen auf mehreren Gassen auf den Marktplatz, als die ersten Wagen mit Militär ankamen (die Truppe war nämlich um 5 1/4 Uhr mit Separatzug in Bziz angekommen und auf Wagen weiter befördert worden). Die Soldaten wurden von den Bürgern mit Jubel begrüßt, während der Pöbel ihnen „stribro“ entgegen rief; doch verloren die Tumultanten alsbald den Muth und verließen sich, bevor sich noch die Compagnien formirt hatten, so daß die Straßen bald ganz leer waren. Doch hatte sich die Aufregung weiter verbreitet und es wurden daher noch in der Nacht eine Compagnie nach Bziczin, wo im Laufe des Tages ebenfalls Juden Häuser geplündert worden waren, ein Zug nach Wosow, woher gleichfalls Hilferufe erschalle und eine halbe Compagnie nach Siver detachirt, wo einige Stunden vorher die Gemeindefasson selbst eine Nothe von Proletariern aus der Hostomicer Gegend mit ihren Knütteln derb zurückgewiesen hatten, später aber die Gefahr sich in höherem Maße erneuerte, so daß die Truppen über wiederholtes Ansuchen noch um 11 Uhr Nachts dahin dirigirt werden mußten. — Heute (Mittwoch) ist auch eine strafgerichtliche Commission von Prag nach Hostomic abgegangen. Hostomic liegt in der Nähe von Horzowic und gehört zum Regierungs-Bezirk Prag.

Die Tumulte an der Prager Universität haben ihre nächste Ursache in einer Brochüre des Professors Dr. Höfler über die Gleichberechtigungssfrage, welche in der Dinstags-Sitzung des Landtags unter die Abgeordneten vertheilt wurde, in welcher sich der Verfasser entschieden gegen den bekannten Niederösterreichischen Universitätsantrag ausspricht. In einem Artikel der „Politik“ wurde hierauf über Professor Höfler und andere Professoren der hiesigen Hochschule in einer Weise gesprochen, daß die betreffenden Herren dadurch auf das Tiefste beleidigt sein mußten. Darauf hin beschloßen die deutschen Studenten den zumeist angegriffenen Professor Höfler durch ein äußeres Zeichen ihrer unwandelbaren Achtung und Verehrung zu verherrlichen; man faßte den Beschluß, sich so zahlreich als nur möglich im Hörsaal des Professors Höfler einzufinden und ihm ein Hoch zu bringen. Einige studirende Nachkommen Alastas mußten jedoch von diesem Plane Wind bekommen haben und arrangirten nun eine Demonstration im czechischen Sinne. Leute, die offenbar nicht zu den akademischen Kreisen gehören, wurden eiligt ins Carolinum beordert. Als nun nach 4 Uhr Professor Höfler den Saal betrat, begannen die Deutschen ihre Hüte zu schwenken und dem gekrönten Lehrer ein hundertstimmiges Hoch zuzurufen. In diesem Augenblicke fingen die würdigen Nachkommen der (etwa 200) Gesehen an. Auf besonderen ad hoc mitgebrachten Pfeischen machten sie einen Spektakel, schlugen dazu mit ihren Fäusten nach Herzenslust auf die Bänke und stampften mit den Füßen und wollten Herrn Professor Höfler durchaus nicht zu Worte kommen lassen. Als dieser endlich dringend um Ruhe gebeten und der Lärm sich ein wenig gelegt hatte, richtete Professor Höfler an die Anwesenden die Worte: „Bei den heutigen Vorfällen kann ich natürlich über Napoleons Bonaparte nicht lesen; das frage ich Sie aber alle, wen unter Ihnen habe ich jemals beleidigt?“ Auf diese frappante, jedenfalls gänzlich unerwartet gekommene Frage wußten die Herren Gesehen gar nichts Anderes zu antworten, als daß sie ihr lächerliches Gepolter von neuem begannen. Ihr Vorkühnriß rief Herr Professor Höfler zu, daß unter solchen Umständen eine Vorlesung nicht stattfinden dürfe, der Professor möge die Versammlung (!) auflösen. Die Deutschen protestirten heftig gegen diesen Befehl des czechischen Studenten, welcher wie befehlen auf den Bänken herumließ und hielten den Professor, seine Vorlesung nur abzuhalten. Inzwischen legten jedoch die Gesehen ihr Gepolter und Gebrülle fort — zwischen einzelnen Gruppen von deutschen und czechischen Studenten wäre es keimale zum Handgemenge gekommen — der Lärm, die Hitze und der Staub im Saale wurden unerträglich und schon hatten sich vor dem Universitätsgebäude Tausende von Neugierigen eingefunden, da entschloß sich denn Professor Höfler, auf das Witten der Deutschen den Saal zu verlassen und that dies auch, begleitet von den Lebehochrufen der deutschen Studenten und von Percatirufen der Gesehen. Erst allmählig zerstreuten sich die Studenten und die Volksmenge.

In Klagenfurt wurde am 26. Febr. in der Geistkirche von dem Domherrn Pichler ein solennes Hochamt celebrirt. Der Landeseshr. v. Schluga mit den Beamten der Landesbehörde, der Landeshauptmann Graf Goeß mit dem Landesauschuss, die Spitzen der übrigen Behörden wohnten der Feierlichkeit bei. Die Theilnehmung der Regierungsvertreter an der Verfassungsfier erfolgte, wie von mehreren Blättern gemeldet wird, mit Zustimmung der Regierung, respective des Staatsministers.

Der Grazer „Telegraf“ vom 28. v. bringt eine autonome Parteierklärung, die eine Zusammenkunft der deutschen Abgeordneten im gegen-

wärtigen Moment — nach der von Sr. Majestät auf die Adresse des ungarischen Unterhauses erteilten Antwort — als opportun bezeichnet.

Während einige Blätter den Podesta von Venedig, Grafen Bembo, unter allerlei Voraussetzungen nach Wien und Pest abreisen lassen, weist letzterer wie man der „Debatte“ aus Venedig schreibt, in seinem dortigen Palaste und macht höchstens Begünstigungsfahrten im Hafen oder über Land, welche mit dem bekannten Conflict zwischen dem Municipium und der Statthalterei kaum etwas zu schaffen haben dürften.

Wie die „Bohemia“ erfährt, wurden die Municipien der verschiedenen Provinzialstädte im Lombardovenetianischen Königreiche im Wege der Delegationen interpellirt, ob sie, falls sie Angesichts der bevorstehenden Aufhebung der dortigen Polizeicommissariate die Aegenden des öffentlichen Sicherheitsdienstes zu übernehmen hätten, auch das bisherige Executivpersonal der gedachten Commissariate übernehmen würden. Hieran sollen nun, nach der „Boh.“, sämtliche Municipien erklärt haben, daß sie weder den Sicherheitsdienst überhaupt, noch aber die letztgedachten Organe zu übernehmen Willens seien, da sie unmöglich neue Lasten sich aufbürden könnten, und überhaupt die Handhabung der öffentlichen Sicherheit Sache des Staates sei, der hiefür Steuern beziehe. (!)

Deutschland.

Ueber die Schließung des preussischen Landtags wird der „S. B. G.“ von Berlin noch Folgendes berichtet: Am Sonnabend fand die Uebergabe der Gasse n. des Abgeordnetenhauses an den Commissär des Ministers des Innern, Regierungsrath v. Wolf, statt. Der Präsident Grabow war mit den Quästoren, den Abgeordneten Parrsius und Niebold, dem Acte beizuwohnen eingeladen, jedoch nicht erschienen, weil das Ministerium bereits am Freitag Morgens die Verfügung über das Haus beantragt hatte. Nach einem Decret des Ministerialcommissärs durften schon am Freitag Morgens keine Schriftstücke an Abgeordnete mehr ausgeliefert werden. Noch nie sind so zahlreiche Drucksachen zurückbehalten worden; es kommt dies daher, weil, wie zur Zeit berichtet, die Berichte über die Specialelats gedruckt sind, aber erst nach Erledigung des Vorberichtes an das Plenum gelangen sollten. Der letztere ist in der Druckerei zurückbehalten worden. Uebrigens sind die vielfach verbreiteten Gerüchte über Ueberschuldung, Erlass eines Wahlgesetzes und dergleichen mehr sämtlich ohne Begründung. Bis jetzt steht nur in Aussicht die Veröffentlichung des Budgets durch den „Staats-Anzeiger“ wie im vorigen Jahre und die Publicationen der Zoll- und Handelsverträge (mit Italien, England u.) auf dem Verordnungswege unter Vorbehalt späterer Genehmigung des Landtages. Weitere Absichten der Regierung würden jedenfalls erst um die Zeit der Neuwahlen, also im Herbst, zur Ausführung kommen.

Es ist bereits früher gemeldet worden, daß der Virchow'sche Vorbericht über das Budget in der Druckerei zurückbehalten worden ist, da er auf ministerielle Anordnung nicht zur Vertheilung kommen sollte. Nun hat der Abgeordnete Virchow, wie das überhaupt seitens der Berichterstatter immer geschieht, eine Anzahl Exemplare für seinen eigenen Gebrauch auf seine Kosten in der Druckerei bestellt, auf welche er, wie auf sein Manuscript, doch Besitzrechte hat; diese sind nun von ihm auch, bis jetzt aber vergebens, geltend gemacht worden. Sämtliche Exemplare des Vorberichtes sind nebst dem Manuscript in ein Paket gebracht und versiegelt worden. Vom Bureau des Abgeordnetenhauses ist der Abgeordnete Virchow nun an den Minister des Innern gewiesen worden, an den er sich auch schriftlich gewendet hat. Eine Antwort ist jedoch bis jetzt noch nicht erfolgt.

Die Prinzessin Eliza Radziwilk, Tochter des Generals Fürsten W. Radziwilk, geb. 15. Jänner 1841, und Prinzessin Hedwig Radziwilk, Tochter des Fürsten W. Radziwilk, geb. 29. Juni 1841, haben, wie man sich in Berliner Hofkreisen erzählt, den Entschluß ausgesprochen, den Schleier zu nehmen.

Die Grafen v. Stolberg-Stolberg und von Stolberg-Rosla fordern von der anhaltischen Regierung beträchtliche Pfandgüter zurück. Mit der Sache vertraute Juristen halten das Recht der Grafen zur Zurückforderung der Pfandobjecte, welche in einem Dorfe, den ergiebigsten Theilen zweier Bergwerke und etwa 4000 Morgen Forsten bestehen, für unbestreitbar. Da aber der Herzog von Anhalt besserungswürdig die Rückgabe verweigert, so haben die Grafen Stolberg die Hilfe der Gerichte in Anspruch genommen. (Eine Linie desselben gräflichen Hauses reclamirt bekanntlich auch von Hannover die Domäne Elbingen.)

Frankreich.

Paris, 28. Februar. Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers ist in tumultuarischer Weise und nach einer sehr heftigen Scene, zu welcher ein Ausdruck des Staatsministers Rouher Anlaß gegeben hatte, geschlossen worden. Rouher hatte die Auslassungen des Abgeordneten Glais-Bizoin als Handwurfssteden (pasquinades) bezeichnet, was zu einem wahren Sturm von zustimmenden und einseitigen Ausbrufen Anlaß gab, worauf der Präsident die Sitzung für geschlossen erklärte.

Herr Thiers, schreibt in absprechender Weise ein Pariser Corr. der „N. Dr. Ztg.“, hat gestern wieder mit bekanntem Geschick sein parlamentarisches Paraderferd geritten, aber Noß und Reiter machten Flasco. Herr Thiers ist der echte Repräsentant des Bourgeoisstums von 1830, welches die politische Freiheit im Interesse seiner Interessen will und sich der politischen Initiative der Krone und der des Volkes zu bemächtigen sucht. Die theoretischen Phrasen des Redners behagen den Demokraten sehr; da er aber nicht den Muth hat, die Konsequenzen seiner Doctri-

R. f. Theater in Krakau. Heute: „Die schöne Helena“

